

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorrat 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Der Stand der Regierungskrise.

Berlin, 22. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Regierungskrise hat neuerdings ein neues Gesicht bekommen. Diejenigen, die einen Regierungswechsel betreiben, der den Reichstag vor vollendete Tatsachen stellt, operierten früher mit der Behauptung, das Kabinett Wirth habe versagt und müsse, um eine bessere Politik für die Zukunft zu ermöglichen, durch ein Kabinett von geringerer Erfüllungswilligkeit ersetzt werden. Jetzt aber, nachdem die Entscheidung des Obersten Rates eingetroffen ist, fordern sie einfach ihre Ablehnung. Nun läßt sich die Festsetzung der neuen Grenze nicht ablehnen. Praktisch und auch juristisch ist das ein Ding der Unmöglichkeit. Aber da die sogenannten wirtschaftlichen Bestimmungen in dem Friedensvertrag tatsächlich formell keine Stütze finden, wird an diesem Punkt eingesehen, wodurch sich aber das sonderbare Schauspiel ergibt, daß die Zurückweisung der Note unter Hinweis auf denjenigen Teil ihres Inhalts verlangt wird, der für Deutschland noch am vorteilhaftesten ist und die Folgen der Zerstückelung von Oberschlesien wenigstens einigermaßen zu mildern sucht.

Im Zentrum arbeiten in dieser Richtung mit besonderem Eifer die schlesischen Abgeordneten. Wie es aber heißt, hat Wirth gegen die Argumente, mit denen diese den schlesischen Standpunkt vertreten, starken Widerstand ausgelöst, während in der demokratischen Fraktion die Katastrophentheorie immer mehr Eingang finden soll. Maßgebend für dieses Verhalten der Demokraten ist wahrscheinlich weniger die Rücksicht auf Oberschlesien, als der Wunsch, den Anschluß an die Deutsche Volkspartei nicht zu verpassen und mit ihr nach der Beseitigung Wirths so oder so zu einer Regierungskoalition zu gelangen. Daß so die wichtigsten Interessen Deutschlands aufs Spiel gesetzt werden, scheint die Demokraten, die nur den einen Wunsch haben, nicht als weniger national angesehen zu werden als die Rechtsparteien, kaum zu berühren.

Zweierlei ist möglich, wenn das Kabinett Wirth durch diese Treibereien beseitigt wird. Entweder man ist wieder zu dem sogenannten passiven Widerstand entschlossen, den die Deutschnationalen in Zirkularen an ihre Anhänger propagieren — dann besteht kein Grund mehr, eine Kanzlerkandidatur abzulehnen —, oder man wird sich, wenn die gegenwärtige Regierung erst beseitigt ist, in letzter Stunde doch noch dem Entschluß des Obersten Rates fügen. Dann ist aber, ganz abgesehen von den ungünstigen und überfüllten Beschlüssen, grund- und sinnlos bei der Entente das stärkste Mißtrauen erweckt und die neue Regierung wäre von vornherein mit den schwersten Hypothesen belastet. Ob das Kabinett heute zu einem definitiven Beschluß kommt, ist noch zu zweifelhaft. Jedenfalls ist vereinbart, daß es kein Ja oder Nein ausspricht, bevor es nochmals mit dem interfraktionellen Ausschuss verhandelt hat. Der Reichstag wird also nicht heute, vielleicht auch noch nicht morgen und übermorgen zusammenzutreten. Der Termin aber, zu dem die deutschen Kommissare für die Verhandlungen mit Polen ernannt sein müssen, rückt sehr schnell näher.

Die Reichstagsfraktion der USPD, hat zu der durch die Entscheidung des Obersten Rates geschaffenen Situation Stellung genommen, als die Frage Annehmen oder Ablehnen noch nicht akut war. Sie vertrat da die Ansicht, daß dem Kabinett Wirth die Schuld an der für Deutschland ungünstigen Lösung des ober-schlesischen Problems nicht zugeschoben werden könne und ein Wechsel in der auswärtigen Politik die verhängnisvollsten Folgen nach sich ziehen würde. Sie protestierte vor allem aufs schärfste gegen die Versuche, unter Ausschaltung des Reichstags einen Kabinetts- und Personenwechsel herbeizuführen. Als Redner für das Plenum bestimmte die Fraktion die Genossen Freitscheid und Crispian.

Die Berliner sozialistische Presse zur Situation.

Berlin, 22. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der Vorwärts, der sich einstweilen an den Wortlaut der Meldung über den Beschluß der Deutschen Volkspartei klammert und aus ihm den Schluß zieht, daß die Ablehnung der Entscheidung des Obersten Rates durch die Streikmänner nur eine Art von Privatvergnügen der volksparteilichen Fraktion gewesen sei, meint trotzdem, es bestehe die Wahrscheinlichkeit, daß schließlich an Stelle des Kabinetts Wirth eine rein bürgerliche Regierung zustande komme, in der dann naturgemäß der Rechten die Führung zu-fallen werde. Nichts wäre schädlicher, meint das Blatt weiter, als wenn die Regierung Wirth zu einheitlichen Beschlüssen

über die künftige Politik nicht kommen könnte und wenn dann eine Regierung käme, die erst recht nicht weiß, was sie will. Mit einer solchen Regierung müßte man aber nach dem Sturz Wirths rechnen. Dafür sei der Beschluß der Deutschen Volkspartei ein Symptom, dieser Beschluß drücke ein Gefühl aus, aber er zeige keinen Weg.

Die Freiheit prüft die juristische Grundlage der Ablehnungspolitik und fährt dann fort, „es handelt sich um ein rein politisches Problem. Dringen die Befürworter der Ablehnung durch, dann fällt nicht nur das Kabinett Wirth, sondern dann droht Deutschland das verschiedenste Unheil. Führt das Bestreben der Demokraten nur dahin, zunächst einmal eine Basis zu finden, auf der sie unter Ausschaltung Wirths mit der Deutschen Volkspartei zusammenkommen können, um dann im letzten Moment doch noch die in der Note verlangte Ernennung der Kommissare vorzunehmen und sich dem Spruch des Obersten Rates zu unterwerfen? Das würde bedeuten, daß wieder einmal fünf Minuten vor zwölf eine Regierung gebildet und Entschlüsse gefaßt werden müßten. So oder so, das Verhalten der bürgerlichen Koalitionsgruppen und besonders der Demokraten, dieser Partei, deren Schwäche und Grundlosigkeit beispiellos dasteht, birgt für das deutsche Volk innen- und außenpolitisch die denkbar größten Gefahren.“ Auf alle Fälle, so schließt die Freiheit, ist ein schneller Entschluß nötig und sicher könnte der fatale Prozeß beschleunigt werden, wenn die Rechtssozialisten ihre Koalitionsfreunde endlich mit klaren und bürren Worten vor die Alternative stellen wollten, sich entweder für links oder für rechts zu entscheiden.

Bayern und die Tiroler Separationsbestrebungen.

München, 22. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Vorschlagsbestrebungen in Tirol nehmen einen immer ernstere Charakter an. Der Tiroler schreibt, daß im Falle eines politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs oder eines Putches in Wien Tirol sich sein Selbstbestimmungsrecht wahren müsse. Um die im Falle seiner Selbständigkeitsklärung auftretenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden, habe die Tiroler Landesregierung sich bereits im September mit dem damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Kahr in Verbindung gesetzt. Kahr habe daraufhin zwei Mitglieder der Tiroler Landesregierung zu einer Besprechung nach München eingeladen, aber vor ihrer Abreise von Innsbruck trat die Regierung Kahr zurück. An den neuen bayerischen Ministerpräsidenten Lerchensfeld habe sich die Tiroler Regierung noch nicht gewandt, da sie erst seine prinzipielle Stellungnahme zu den Plänen der Tiroler geklärt wissen wolle. Inzwischen sei aber ohne Auftrag und Kenntnis der Landesregierung der Herausgeber des Innsbrucker Alpenland nach München gefahren und nach einer ersten Ablehnung von Lerchensfeld empfangen worden, ohne jedoch zu seinem Ziele — Verhandlungen über den Anschluß Tirols an Bayern — zu gelangen. Ministerpräsident Lerchensfeld habe sich lediglich den Bericht des Tiroler angehört und erklärt, daß er wirtschaftliche Verhandlungen nur mit kompetenten Stellen führen könne. Dieser Vorgang verlangt eine genaue Aufklärung durch den bayerischen Ministerpräsidenten, wenn er nicht zu Mißdeutungen Anlaß geben soll. Der Tiroler gibt der Meinung noch Ausdruck, wenn Tirol zu einer Selbständigkeitsklärung schreite, daß dann die Entente-mächte die Maßnahmen der Landesregierung Tirols halb durch die Not diktiert ansehen und den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen würden.

Haussuchungen bei der USPD.

Berlin, 22. Oktober. Wie am Freitag im preussischen Landtage mitgeteilt wurde, fand in der Zentrale der kommunistischen Partei eine Haussuchung statt. Dabei wurden Schränke der kommunistischen Abgeordneten erbrochen. Die Haus-suchung soll zu dem Zwecke erfolgt sein, das Material zu erhalten, auf das sich der Abg. Eberlein im Preussischen Landtage stützte, als er seine Anklagen gegen die Polizei erhob, wobei er behauptete, daß sie in Verbindung mit Escherich stehe und diesen über die Maßnahmen der Regierung unterrichte.

Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein?

Washington, 22. Oktober. (Reuter.) Man erwartet, daß die amerikanischen Truppen am Rhein mit der Räumung des deutschen Gebietes innerhalb 14 Tagen beginnen. Im Staatsdepartement wurde heute erklärt, daß der Beginn der Räumung dem Austausch der Ratifikationen des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages folgen werde.

Das Gebot der Stunde.

Noch ist alles im Fluß. Das Reichskabinett ist im Zustand dauernder Beratung, die Fraktionen sitzen im Reichstage beisammen, es wird hin und her beraten und niemand vermag heute zu sagen, wie die Regierungskrise ihren Ausgang nehmen wird. Eine völlig eindeutige Entscheidung wurde bisher von der Deutschen Volkspartei gefaßt. Sie erklärt, daß sie in der Entscheidung der Völkervereinigung eine Mißachtung der Volksabstimmung und eine Verletzung des Versailleser Vertrags erblicke und darum die Entscheidung einstimmig ablehnen müsse. Die Haltung unserer Partei ist seit langem klar, so daß die Lösung der Frage nunmehr bei den sogenannten Mittelparteien liegt. Die Rechtssozialisten hatten sich in den letzten Tagen zu einer festeren Haltung für das Kabinett Wirth durchgerungen, auch das Zentrum erklärte mit vielen Worten und recht wenig Inhalt, daß man Dr. Wirth stützen wolle. Dem aber widerspricht die Haltung des preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald, der gestern im preussischen Landtage eine seiner nationalistischen Reden losgelassen hat, um so der Entscheidung des Reichsministeriums vorzugreifen. Die Haltung Stegerwalds läßt nicht gerade auf eine starke Einmütigkeit innerhalb der Zentrumsfraktion schließen, so daß mit einiger Sicherheit angenommen werden kann, daß die Beschlüsse, die dort bisher zur Annahme gelangten, nichts anderes waren als platonische Liebeserklärungen, die aber, wie jedermann weiß, keinerlei Kraft der Bindung in sich tragen. Die Haltung des Zentrums ist daher vorläufig noch zweifelhaft, seine führenden Köpfe laborieren und taufen, um mit den übrigen Parteien der Mitte in politischem Zusammenhang zu bleiben. Die größten Schwierigkeiten für die Weiterexistenz des Kabinetts Wirth bereiten zweifellos die Demokraten, die in der allhergebrachten Weise ihre Demonstrationspolitik weiter verfolgen und erklären, daß das Kabinett zurücktreten müsse, da ihm durch den Beschluß von Genf und Paris der moralische Hintergrund genommen sei. Freilich gibt es in den Reihen der Demokraten Stimmen, die sich gegen eine derartige nationalistische Pendelpolitik wenden und mit aller Entschiedenheit dafür eintreten, daß der Kurs endlich wieder ein bestimmter werde. Die Frankfurter Zeitung äußert sich folgendermaßen:

Wenn endlich der Reichstag zusammenträte, um in öffentlicher Debatte und in öffentlicher Abstimmung zu entscheiden, dann wäre wahrscheinlich alles schnell erledigt. Denn die Krise gedeiht nur hinter geschlossenen Türen. Wenn heute das Kabinett vor das Plenum des Parlaments trat und die Vertrauensfrage stellte, dann müßten wir wissen, wer die Verantwortung übernehmen wollte, es offen zu führen. Wir begreifen, daß nach allem, was vorausgegangen ist, Mitglieder des Kabinetts sich persönlich gehemmt fühlen, die Führung zu solcher offenen parlamentarischen Entscheidung zu ergreifen. Aber allzu lange wird sich der Zusammentritt des Reichstags nun wirklich nicht mehr hinausschieben lassen. Die äußere Lage zwingt dazu, daß die Regierung endlich wieder aktionsfähig werde. Und dieser Zwang wird nun hoffentlich auch schnell zu der inneren Klärung führen, die wir brauchen.

Ehrend ist diese Äußerung weder für das Zentrum noch die Parteigenossen der Frankfurter Zeitung, die Demokraten, aber wir wissen, daß insbesondere in der demokratischen Partei ein jeder Politiker möglichst anders will. Die Demokraten befinden sich auf dem besten Wege, durch diese auseinander-tretenden Tendenzen ihre Partei völlig dem Verderben zu übermitteln. Ihnen ist es weniger um Oberschlesien zu tun, als um die Tatsache, den Anschluß an die Stimmepartei unter allen Umständen zu erwirken. Die Interessengemeinschaft zwischen Demokraten und Volkspartei ist so groß, daß sich die Leute um Gothein mit magnetischer Kraft zu Stimmes gezogen fühlen. Sie streben mit aller Macht danach, daß die Interessengemeinschaft zu einer engen politischen Gemeinschaft werde, und dazu ist ihnen die Krise, die durch die ober-schlesische Frage entstanden ist, gerade gut genug.

Weilhen die Sozialdemokraten. Der Vorwärtz nimmt auch weiterhin eine Stellung ein, die zwar nicht völlig frei ist von nationalistischen Tendenzen, in denen er früher geradezu schwelgte, immerhin aber sich mit aller Entschiedenheit für das Verbleiben Wirths erklärt. Die USPD bildet den Zentralspunkt der gegenwärtigen Koalition. Von der Haltung der USPD wird es abhängen, ob das Kabinett Wirth verbleiben soll oder nicht. Die Freiheit hat daher vollkommen recht, wenn sie erklärt, daß der Schlüssel zur Lösung der gegenwärtigen Krise allein bei den Rechtssozialisten liege. Sie haben jetzt in aller Form und mit aller Deutlichkeit Farbe zu bekennen und zu erklären, ob sie nun endgültig eine Orientierung nach rechts oder nach links suchen wollen. Da tritt freilich der Widerspruch zwischen den Wünschen der Parteibureaokratie und der Haltung der rechts-sozialistischen Massen nur allzu klärend hervor. Gerade Görlich

Seht die Stadtverordnetenwählerlisten ein!